

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Linksrutsch verhindern – Damit Deutschland Deutschland bleibt

Leitantrag



Beschluss des CSU-Parteitag am 4./5. November 2016 in München

Linksrutsch verhindern – Damit Deutschland Deutschland bleibt

Deutschland ist der Anker für Stabilität und Wohlstand in einer krisengeschüttelten Welt. In den zurückliegenden elf Jahren hat Deutschland unter der politischen Führung der Union den vielfältigsten Herausforderungen getrotzt. Ob finanzielle Stabilität, soziale Sicherheit, Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze oder Kampf gegen Kriminalität – überall nimmt **Deutschland** einen **Spitzenplatz weltweit** ein. Wir wollen, dass das so bleibt. Es ist gut für Deutschland, dass die Union regiert.

Im nächsten Jahr steht Deutschland vor einer **Richtungsentscheidung**. Entweder es geht weiter aufwärts in Deutschland mit einer unionsgeführten Bundesregierung, die für Sicherheit, Wohlstand und klare Werte steht. Oder es geht abwärts mit Deutschland durch Rot-Rot-Grün. Wir müssen **verhindern**, dass eine **Linksfront** aus SPD, Grünen und Linkspartei nach der Bundestagswahl die Macht übernimmt und Deutschland runterwirtschaftet. Ein Linksbündnis heißt Steuererhöhungen, Multikulti, außenpolitische Isolation und eine familienfeindliche Politik. Davor müssen wir **unser Land bewahren**. Wir sagen ganz klar: Linksrutsch verhindern – Damit Deutschland Deutschland bleibt!

1. Es ist gut für Deutschland, dass die Union regiert.

Die Union sorgt für solide Finanzen.

Wir haben vor der Wahl gesagt: Keine Steuererhöhungen! Keine neuen Schulden! Der Staat soll mit dem auskommen, was er einnimmt. Heute können wir sagen: Versprochen – Gehalten! Zum dritten Mal in Folge hat die Union für einen **ausgeglichenen Bundeshaushalt** gesorgt. Trotz zusätzlicher Ausgaben konnten wir im Bund an der **Schwarzen Null ohne Steuererhöhungen** festhalten. Bayern ist bereits einen Schritt weiter: Wir zahlen im Freistaat schon seit 2012 Schulden zurück. Die Finanzpolitik der CSU in Bayern ist der Maßstab für Deutschland und Europa.

Deutschland ist der Stabilitätsanker in Europa.

Deutschland ist gestärkt aus den Finanz- und Wirtschaftskrisen der letzten Jahre hervorgegangen. Die Union hat mit einem stringenten Reformkurs dafür gesorgt, dass die europäische Staatsschuldenkrise wirksam eingedämmt wurde. Unsere Marschrichtung: **"Solidarität und Hilfe nur gegen Reformen"** hat sich durchgesetzt. Eine Vergemeinschaftung der Staatsschulden in der EU haben wir erfolgreich verhindert.

Um das deutsche Jobwunder werden wir beneidet.

Deutschland hat den **höchsten Stand** an sozialversicherungspflichtiger **Beschäftigung**, einen anhaltenden **Tiefststand** bei der **Arbeitslosigkeit** sowie eine andauernde Arbeitskräftenachfrage. Mit 5,9 Prozent hatte Deutschland im

September erneut europaweit eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten. Dort, wo die CSU alleine regiert, geht es den Menschen noch besser: Mit einer Arbeitslosenquote von 3,4 Prozent herrscht **im Freistaat annähernd Vollbeschäftigung**. Die Unterschiede zwischen den Regionen in Bayern sind so gering wie noch nie.

Deutschland ist der Wachstumsmotor Europas.

Kleine und mittelständische Betriebe bilden das Herz unserer deutschen Wirtschaft. Die Union hat dafür gesorgt, dass diese Betriebe auch zukünftig durch die **Erbchaftsteuer** nicht über Gebühr belastet werden. Davon profitiert besonders Bayern mit seinen vielen Familienbetrieben: Bayern ist der dynamische Wachstumsmotor Deutschlands. Im ersten Halbjahr 2016 ist Bayerns Wirtschaft um 3,3 Prozent gewachsen. Damit lag der Freistaat deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 2,3 Prozent. Seit 1995 stieg die **Wirtschaftsleistung im Freistaat** um 46,7 Prozent – **mehr als überall sonst** in Deutschland (Bund: + 29,7 Prozent). Von unseren Weichenstellungen profitieren die Menschen in Bayern ganz direkt und unmittelbar: Im Freistaat haben die Menschen ein überdurchschnittliches Einkommen; zugleich ist das Armutsrisiko nirgendwo sonst in Deutschland geringer als in Bayern.

Die Union sorgt für den bestmöglichen Schutz unserer Bevölkerung.

Die Union steht wie niemand sonst für die Innere Sicherheit und für konsequente Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung. Mit dem Gesetz zur Speicherung der Verkehrsdaten haben wir im **Kampf gegen den internationalen Terrorismus** ein deutliches Zeichen gesetzt. Wir verhindern, dass unsere Dienste und Sicherheitsbehörden hinter den Möglichkeiten von Terroristen und Kriminellen zurückbleiben. In Bayern investieren wir stetig besonders stark in die personelle und materielle **Ausstattung unserer Polizei**. Das zeigt Wirkung. Die Kriminalitätsgefahr ist in Bayern um 40 Prozent geringer als in Nordrhein-Westfalen.

Wir haben die Anreize, um nach Deutschland zu kommen, massiv reduziert.

Bayern hat in der Flüchtlingskrise mit seinen unzähligen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern Großartiges geleistet. Wir haben eine **humanitäre Visitenkarte** für ganz Deutschland abgegeben. Jedoch ist auch die deutsche Aufnahme-fähigkeit nicht unbegrenzt. Deshalb hat die unionsgeführte Bundesregierung die stärkste **Verschärfung des Asylrechts** seit 20 Jahren durchgesetzt. Wir haben dafür gesorgt, dass wieder **Ordnung einkehrt**. Dazu gehört, dass konsequent zwischen denen, die wirklich Schutz benötigen und denen, die dies nur vorgeben, unterschieden wird. Wir haben die Wiedereinführung der **Grenzkontrollen durchgesetzt**. Mit den **Asylpaketen I und II** haben wir erreicht, dass diejenigen, die bei uns kein Bleiberecht haben, unser Land schnell wieder verlassen müssen oder gar nicht erst kommen: erleichterte Abschiebungen, verschärfte Residenzpflicht, Vorrang von Sach- vor Geldleistungen, Ausdehnung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten, Aussetzung des Familiennachzugs für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz. Mit diesen

Maßnahmen hat die Union die Masseneinwanderung vom Balkan bereits erfolgreich gestoppt.

Wir setzen auf Integration statt Multikulti.

Mit dem Bundesintegrationsgesetz hat die Union Multikulti erneut eine klare Absage erteilt und stattdessen den **Grundsatz des Forderns und Förderns** gesetzlich festgeschrieben: Wer Integration ablehnt, dem drohen Leistungskürzungen und Nachteile beim Aufenthaltsstatus. Bayern ist das Land der gelingenden Integration. Wir formulieren klar, dass Integration immer auch eine Bringschuld der Zuwanderer ist. Mit dem Bayerischen Integrationsgesetz haben wir **unsere Leitkultur** zur Grundlage eines guten menschlichen Miteinanders gemacht.

Beim Länderfinanzausgleich haben wir einen großen und bleibenden Erfolg erzielt.

Ab dem Jahr 2020 wird der jetzige Länderfinanzausgleich abgeschafft. Die Ausgleichszahlungen Bayerns werden in Zukunft gedeckelt. Damit wird Bayern ab dem Jahr 2020 dauerhaft jährlich um ca. 1,35 Milliarden Euro im Vergleich zum bisherigen Länderfinanzausgleich entlastet. Das **Prinzip "Bayern sponsert Deutschland"** ist damit **beendet**. Wir werden unser Ziel, bis 2030 sämtliche Altschulden Bayerns zurückzuzahlen, erreichen.

2. Linksfront heißt Abstieg für Deutschland

SPD, Grüne und Linkspartei bereiten einen massiven Wahlbetrug vor: Nach der Wahl wollen sie mit einem rot-rot-grünen Linksbündnis die Regierung übernehmen, aber vor der Wahl den Wählern keinen reinen Wein einschenken. Einerseits treffen sich in Berlin über 100 Abgeordnete von SPD, Grünen und Linkspartei – darunter Sigmar Gabriel und Jürgen Trittin –, um Rot-Rot-Grün nach der Wahl vorzubereiten. Andererseits wird danach die Öffentlichkeit damit beschwichtigt, es habe sich nur um ein "normales parlamentarisches Treffen" gehandelt. Hier wird der Wähler für dumm verkauft.

Wir werden Rot-Rot-Grün diese **Mogelpackung** nicht durchgehen lassen. Wir werden Druck machen, damit SPD, Grüne und Linkspartei endlich Farbe bekennen und die Heuchelei abstellen. Wir werden den Menschen klar vor Augen führen, was ein Linksbündnis für sie bedeutet: nämlich **höhere Steuern, Multikulti** statt deutscher Leitkultur, **außenpolitische Isolation** und **Benachteiligungen für Familien**. Linksrutsch heißt Abstieg für Deutschland.

Die Linkspartei ist nach wie vor die alte SED-Nachfolgepartei. Sie hat sich nie endgültig von der DDR und vom DDR-Unrecht distanziert. In deutschen Parlamenten sitzen immer noch Ex-Stasi-Mitarbeiter als Abgeordnete der Linkspartei. Ein Großteil ihrer Mitglieder hatte ein SED-Parteibuch, und ehemalige SED-Funktionäre wirken immer noch an vorderster Front mit. Es darf nicht sein, dass über ein

Vierteljahrhundert nach der Deutschen Einheit die politischen Enkel von Erich Honecker wieder Regierungsgewalt in Deutschland ausüben.

Die Linkspartei ist geistig nie in der Bundesrepublik angekommen. Sie vertritt weiterhin die Errichtung des Sozialismus und verunglimpft unsere Soziale Marktwirtschaft als ein "kapitalistisches Ausbeutungssystem". Dazu setzt sie auf eine "Überwindung der bestehenden Eigentumsverhältnisse" und auf eine staatlich gelenkte Wirtschaft. Die Linkspartei hat immer noch dieselben verbohrten Rezepte, mit denen die SED die DDR abgewirtschaftet hatte.

Die Linkspartei will Deutschland in die außenpolitische Isolation führen: Deutschland soll nach dem Willen der Linkspartei aus der NATO austreten, und die Bundeswehr soll keinerlei Auslandseinsätze mehr durchführen dürfen, nicht einmal unter dem Dach der Vereinten Nationen. Damit wäre Deutschland ohne internationale Partner und Bündnisse allein auf sich gestellt.

Die Grünen sind die Multikulti-Partei. Sie lehnen unsere Leitkultur als Maßstab der Integration ab. Stattdessen will Volker Beck, dass Deutsche die Sprachen der Zuwanderer lernen sollen, also Arabisch und Türkisch.

Die Grünen sind die Anti-Familien-Partei. Sie wollen das Ehegattensplitting abschaffen und wollen statt der natürlichen Eltern bis zu vier "soziologische Eltern" ermöglichen.

Die Grünen sind die Anti-Freiheits-Partei. Sie wollen Leistung bestrafen und die Menschen mit unsinnigen Verboten gängeln. Anton Hofreiter fordert eine "ergiebige Vermögenssteuer", aber auch eine höhere Erbschaftsteuer ist im Gespräch. Veggie-Day und Wochenend-Fahrverbot, dafür Freigabe von Cannabis – so sieht der grüne Umerziehungskosmos aus.

Die SPD ist die Partei ohne Kompass. Zu früheren Zeiten hat sie einen harten Abgrenzungskurs gegen die Linkspartei gefahren. Im Wahlprogramm 2002 hatte die SPD noch jede "direkte oder indirekte Form der Regierungszusammenarbeit mit der PDS" strikt abgelehnt. Noch 2009 schloss die SPD auf Bundesebene ein Bündnis mit der Linkspartei "für die gesamte nächste Legislaturperiode aus". Heute lautet der Beschluss der SPD für die Zeit nach 2017: "Für die Zukunft schließen wir keine Koalition (mit Ausnahme von rechtspopulistischen oder -extremen Parteien) grundsätzlich aus." Damit hat die SPD eine 180-Grad-Wende vollzogen und sich selbst einen Blankoscheck für ein Linksbündnis ausgestellt.

Die SPD hat ein Linksbündnis im Bund früher abgelehnt, aber in den Ländern trotzdem praktiziert. Sie hat in Sachsen-Anhalt die PDS toleriert, ist in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern Koalitionen mit der Linksparteieingegangen, sie hat in Thüringen den Steigbügelhalter für Bodo Ramelow gegeben, und sie schmiedet

derzeit gerade im Land Berlin die erste rot-rot-grüne Landesregierung. Das zeigt: Die SPD hat keine Hemmungen vor einem Linksbündnis, wenn es um die Macht geht.

Die SPD hat keine Machtoption außer Rot-Rot-Grün. In Umfragen liegt die SPD bei knapp über 20 Prozent. Für Rot-Grün reicht es nächstes Jahr definitiv nicht. Für die SPD bleibt wieder nur der undankbare zweite Platz. Ein Linksbündnis ist damit die einzige absehbare Machtoption für die SPD. Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen: Wenn Rot-Rot-Grün eine Mehrheit hat, wird die SPD zugreifen – allen Beteuerungen zum Trotz. Es kann deshalb nur eine Strategie geben: Die Union muss bei der Wahl so stark werden, dass Rot-Rot-Grün keine Chance hat.

3. Unsere Agenda für 2017

Gemeinsam als Union wollen wir ein Linksbündnis im Bund verhindern. Wir wollen den Menschen die Garantie geben, dass es mit der Union auch in Zukunft weiter aufwärts geht für Deutschland. Das ist unsere Agenda für 2017:

Wir werden die größte Steuersenkung aller Zeiten in Deutschland durchführen.

Wir geben den hart arbeitenden Menschen etwas zurück. Leistung muss sich lohnen. Die CSU wird die Spitze der Bewegung für Steuersenkungen und Leistungsgerechtigkeit sein. Wir kündigen nur das an, was wir auch solide finanzieren können – **ohne neue Schulden**. Nach der Bundestagswahl 2017 sind Steuersenkungen von jährlich 15 Milliarden Euro fällig. Wir werden den **Soli** innerhalb von fünf Jahren **abschaffen**. Wir beseitigen die kalte Progression dauerhaft. Wir entlasten kleine und mittlere Einkommen durch die Erhöhung des Grundfreibetrags und durch die Abflachung des Steuertarifs. **Keine Steuererhöhungen** in der nächsten Legislaturperiode heißt auch, keine Wiedereinführung der Vermögensteuer und keine Verschärfung der Erbschaftsteuer.

➔ **Wir geben den Menschen die Garantie, dass vor allem Klein- und Mittelverdienern mehr Netto vom Brutto bleiben wird.**

Wir werden Familien optimal fördern und unterstützen.

Das Betreuungsgeld hat uns Recht gegeben. Eltern brauchen Wahlfreiheit – wir geben sie ihnen. Die CSU wird Familien auch künftig bestmöglich unterstützen. Bei uns stehen Ehe und Familie im Zentrum der Politik. Das Ehegattensplitting muss uneingeschränkt erhalten bleiben. Zusätzlich wollen wir ein **Kindersplitting** bei der Steuer, damit gerade auch Paare mit Kindern und Alleinerziehende profitieren. Wir wollen, dass sich Familien ein Eigenheim leisten können. Dafür werden wir ein **Baukindergeld** einführen. Ziel ist ein Zuschuss von bis zu 12.000 Euro pro Kind. Wer Kinder aufgezogen hat, soll davon beim Rentenniveau profitieren. Die CSU fordert die **Mütterrente II** und damit die volle Gleichstellung für Mütter bei der Rente. Zusätzlich

wollen wir Eltern durch einen Kinderbonus beim Rentenbeitrag entlasten. Jede Familie weiß, dass sie bei uns am besten aufgehoben ist.

→ **Wir geben den Menschen die Garantie, dass Familien mit der CSU die beste Unterstützung erhalten.**

Wir werden entschlossen für die Sicherheit in Deutschland arbeiten.

Wir setzen alles daran, unsere Sicherheitslage weiter zu verbessern – durch eine optimale Ausstattung unserer Behörden mit Personal und Technik und durch schärfere Gesetze. Sicherheit ist ein soziales Grundrecht. Die Menschen sind auf den Schutz durch den Staat angewiesen. Für uns gilt **Opferschutz vor Täterschutz**. Einbrecher gehören hinter Gitter. Wir wollen eine Mindeststrafe für Wohnungseinbrecher von einem Jahr. Wir brauchen mehr **Videoüberwachung** gegen Kriminelle. Der Rechtsstaat darf nicht hinter den Möglichkeiten seiner Feinde zurückbleiben und braucht dafür die richtigen Befugnisse: Überwachung verschlüsselter Kommunikation, Ausweitung der **Verkehrsdatenspeicherung** auf sechs Monate, Software zur Gesichtserkennung. Unsere **Bundeswehr** muss **im Innern** eingesetzt werden können – besonders bei Terrorattacken und der Grenzsicherung. Eine Änderung des Grundgesetzes soll das klarstellen. Wir müssen wissen, wer sich bei uns aufhält. Für effektive Einreisekontrollen brauchen wir ein **europäisches Ein- und Ausreiseregister**. Solange dieses nicht existiert und der Schutz der EU-Außengrenzen nicht funktioniert, ist die **Binnenkontrolle** der deutschen Grenzen **erforderlich**. Wir müssen alles daran setzen, unsere Bevölkerung **vor** den Gefahren des **islamistischen Terrors** zu **schützen**.

→ **Wir geben den Menschen die Garantie, dass wir alles Menschenmögliche für die Sicherheit der Bevölkerung tun.**

Wir werden neue Perspektiven für wirtschaftliche Dynamik und Arbeitsplätze eröffnen.

Unser Erfolg beruht auf unseren mittelständischen Familienbetrieben wie auch den großen deutschen Unternehmen. Ihre Wirtschaftskraft und Innovationsfähigkeit sichern Arbeit und Wohlstand. Nur ein Land, das wirtschaftlich stark ist, kann sich hohe soziale Standards leisten. Wir stehen für faire Rahmenbedingungen. Die **Lohnzusatzkosten** müssen **stabil** bleiben. Die Daueraufgabe des Bürokratie-Abbaus muss effektiver und ein **Bürokratie-TÜV** Maßstab werden. Start-ups sollen überall beste Chancen haben und innovative Geschäftsideen entwickeln können. Den **Zugang zu Wagniskapital** wollen wir über steuerliche Förderung **erleichtern**. Wir wollen die Potenziale der Digitalisierung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nutzbar machen. Wir ebnen den Weg für mehr Flexibilität bei Arbeitsort, Arbeitszeiten und Arbeitsstrukturen. Die herausragenden **Jobchancen** wollen wir **überall im Land** sichern und ausbauen.

→ **Wir geben den Menschen die Garantie, dass Deutschland mit uns die Konjunkturlokomotive in Europa bleibt.**

Wir werden deutschen Interessen in der Außen- und Europapolitik mehr Geltung verschaffen.

Wir müssen unsere nationalen Interessen ebenso selbstverständlich formulieren, wie es andere Staaten tun. Es ist legitim, dass Außenpolitik auch **wirtschaftliche Interessen** sichert und Versorgungssicherheit gewährleistet. Nach wie vor steht deutsche Außenpolitik dabei in einer festen Kontinuität von klarer Werteorientierung: **Westbindung, Völkerrecht, Humanität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit**. Wir stehen zu unseren internationalen Partnern, allen voran in der EU und der NATO. Mit einer intensivierten Bekämpfung von Fluchtursachen wollen wir Krisen vorbeugen und neue Migrationswellen vermeiden. Europa muss sich mehr auf seine wesentlichen Aufgaben konzentrieren. **Europa** kann sein Gewicht in der Welt nur zur Geltung bringen, wenn es **Haushaltsdisziplin** übt, **Wettbewerbsfähigkeit** steigert und **Strukturen** durchführt. Die Antwort auf Stabilitäts-Sünder müssen Sanktionen sein. Wir lehnen Steuergelder für Banken ab. Wir wollen kein neues Griechenland-Paket. Der BREXIT muss fair und geordnet ablaufen, den Abschluss soll ein Handelsabkommen mit Großbritannien bilden.

→ **Wir geben den Menschen die Garantie für ein stärkeres Europa im Großen und ein freiheitlicheres Europa im Kleinen.**

Wir werden Zuwanderung steuern und begrenzen.

Wir brauchen ein Begrenzungs- und Steuerungsgesetz, damit wir selbst entscheiden können, wer zu uns kommen kann. Ein Einwanderungsgesetz, das mehr Zuwanderung bedeuten würde, lehnen wir entschieden ab. In der Flüchtlingspolitik gelten unsere drei Säulen: **Humanität - Integration - Begrenzung**. Für Menschen, die wirklich schutzbedürftig sind, stehen immer Humanität und Hilfe an erster Stelle. Menschen, die eine Bleibeperspektive bei uns haben, wollen wir bestmöglich in unsere Gesellschaft integrieren. Im Gegenzug verlangen wir von ihnen Integrationsbereitschaft auf Grundlage unserer Leitkultur. Die Zahl von max. 200 000 neuen Flüchtlingen pro Jahr bildet die Obergrenze für unsere Aufnahmefähigkeit ab. Wir wollen die **Obergrenze gesetzlich festschreiben**. Unserer Verantwortung gegenüber der heimischen Bevölkerung, aber auch gegenüber den wirklich schutzbedürftigen Flüchtlingen, können wir nur gerecht werden, wenn der Flüchtlingszustrom in unser Land nachhaltig begrenzt wird. Das erfordert vor allem: **Missbrauch vermeiden** und **Fluchtursachen bekämpfen**. Asyl ist nur ein **Recht auf Zeit**: Nach Wegfall des Fluchtgrundes muss konsequent in die jeweiligen Heimatländer zurückgeführt werden. Das Asylrecht ist kein Zuwanderungsrecht.

→ **Wir geben den Menschen die Garantie, dass wir eine Überforderung Deutschlands durch eine unbegrenzte Zuwanderung nicht zulassen werden.**

Wir werden unsere Leitkultur zum verpflichtenden Maßstab machen.

Wer zu uns kommen will, hat sich nach uns zu richten und nicht umgekehrt. Wer zu uns kommen will, muss wissen: Unsere **Hausordnung** ist **nicht verhandelbar**. Wir treffen uns nicht in einer „neutralen Mitte“. Wir integrieren nicht in ein Niemandsland, sondern in unsere **Werteordnung** und das ist unsere Leitkultur. Wir sind dagegen, dass sich unser weltoffenes Land durch Zuwanderung oder Migrationswellen verändert. Menschen, die eine Bleibeperspektive bei uns haben, müssen unsere Sprache lernen, sich an Recht und Gesetz halten, ihren Lebensunterhalt selbst verdienen und mit uns leben statt neben oder gegen uns. Unsere **Leitkultur** ist das **Gegenteil von Multikulti**. Deshalb bildet unsere Leitkultur die Grundlage für unser Bayerisches Integrationsgesetz. Wir streben an, dass der Begriff der **Leitkultur** als Voraussetzung für Solidarität und Miteinander **in die Bayerische Verfassung** aufgenommen wird.

- **Wir geben den Menschen die Garantie, dass unser Land seine christliche Prägung behält. Damit Bayern Bayern bleibt. Damit Deutschland Deutschland bleibt.**